

<u>Protokoll des Plenums 2: "Bilanz und Zukunft nach zwölf Jahren</u> <u>Arbeiterpartei"</u>

- Zeitpunkt: Samstag, 22.11.2014 / 9:00 bis 10:30
- Referent*innen: Daniel Rech, CAIS (Centro de Assessoría e Apoio à Initiatívas Sociais/Brasilien)
- Moderation: Tina Kleiber, Brot für die Welt
- Protokoll: Hans-Jürgen Withopf

Daniel Rech ist Jurist und spezialisiert auf Genossenschaften.

Vortrag

In seinem Vortrag berichtete er wie folgt: (auf indirekte Rede wird der Lesbarkeit wegen verzichtet)

Die Situation der Arbeiterschaft und die Demokratisierung hat sich nicht wirklich entwickelt. Wohlfahrtsstaat der "Linken" ist wie zuvor die "Konservativen" gescheitert. Die Ungleichheit der Verfügbarkeit der Mittel ist weiterhin sehr groß. Die Arbeiterschaft hat nur limitiert Zugang

während dieser für die Wirtschaft sehr groß ist. Beispiele hierfür sind Programme wie PRONAF (Programm Förderung zur der familiären Landwirtschaft) oder die Mittelverteilung der **BNDES** (Nationale Entwicklungsbank). Damit bleibt der Handlungsspielraum der Politik begrenzt. Der Mindestlohn aber stieg zwar, ist aber "aufgefressen" worden durch Kostensteigerungen bei Transport, Bildung, Gesundheit.



Zu den Stellschrauben der Politik gehören unter anderem Programme wie Cataforte (Programm zur Förderung von Müllsammlern), Terraforte (Programm der INCRA zur Förderung von Gemeinschaftsunternehmungen bei Ansiedlungen im Rahmen der Agrarreform), PAA (Ernährungsprogramm), PNAE (Programm zur Schulspeisung), Bolsa Família (Unterstützungsprogramm für bedürftige Familien).

Die Zahl der Armen ist zwar offiziell zurückgegangen. Inflationsbereinigt sind aber mehr Menschen unter der Armutsgrenze als zuvor. Die Höhe der Armutsgrenze ist ein entscheidender Faktor für die Anzahl der Betroffenen. Es besteht auch ein Unterschied der Betrachtungsweisen bei der Darstellung von Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen. Die Zahl der tatsächlich nicht Beschäftigten wird dadurch nicht wiedergegeben.

Für die Programme PAA und PNAE sind die Lieferanten große Genossenschaften und nicht kleinere Familien basierte Betriebe wie eigentlich vorgesehen. Die Landwirtschaft ist zu Lasten der Umwelt und zu Gunsten der Exportproduktion ausgeweitet worden. Ein hoher Einsatz von Dünger/Agrargiften ist üblich. Die Landwirtschaft hat damit eine hohe Klimarelevanz. Die Nutzung von Ethanol und Wasserkraft – eigentlich erneuerbare Energiequellen – wird mit großen Eingriffen in Umwelt und Natur erkauft. Ebenso wird der Zugang der Bevölkerung zu Energie und Lebensmitteln negativ berührt. Es fehlt an Programmen, das Umweltbewusstsein zu stärken. Die PT hat die Konzentration im Bereich der Lebensmittelproduktion verstärkt (z. B. Großgenossenschaften). Kleine Produzenten oder Kleingenossenschaften haben das Nachsehen.

Microcredito (Mikrokredite), Economía Solidária (Solidarökonomie) und FEDAF (staatlicher Fond zur Bekämpfung von Armut) führten nicht zu einer Stärkung der kleinen Produzenten sondern zu einer Fragmentierung in diesem Bereich.

Die PT hat auf ein Wachstumsmodell gesetzt und nicht auf Reformen des bisherigen Modells. Hierzu gehören zum Beispiel die bestehenden Eigentumsverhältnisse und die Stärkung der Kleinproduzenten.

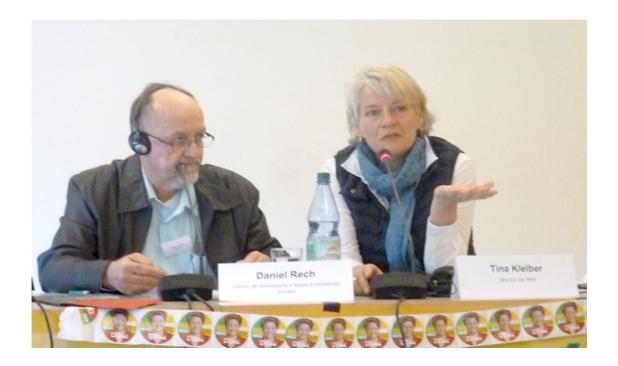
Das "Projekt Landreform" wurde praktisch aufgegeben zu Gunsten der Produktion von Agrorohstoffen für den Weltmarkt. Die wenigen Ansätze die familiäre Landwirtschaft zu stärken, wurden durch die Lobby der Agroindustrie blockiert.

Die Zivilgesellschaft wurde nicht wirklich in die politischen Entscheidungsprozesse oder die Gestaltung von Politik einbezogen und sind dadurch frustriert worden.

War die Regierung von Vargas paternalistisch ("Druck von oben im Interesse des Volkes") und die von FHC (Fernando Henrique Cardoso) durch das "Zusammendrücken der Bewegungen aus der Bevölkerung heraus im Namen des Kapitals" hat die Regierung der PT zu einer Paralysierung hinsichtlich der Interessen der Bevölkerung geführt.

Es sei daher unabdingbar, dass die Zivilgesellschaft wieder in den Entscheidungsprozess einbezogen wird, mitgestalten kann und Gehör findet.

Anschließende Fragerunde



Fragen:

- Ist die Ambivalenz der Politik der PT unter Lula bei Dilma noch gegeben oder gar nicht mehr vorhanden?
- Partnerorganisationen aus Solidaritätsarbeit berichteten, die PT hätte zumindest Gesprächskanäle ermöglicht. Ist das nicht mehr so?
- Wie wird die PT in den nächsten Jahren ihre Politik ausrichten und sich bezüglich der Zivilgesellschaft positionieren?

Antworten:

Die Regierung der PT habe zwar Konferenzen etc. abgehalten, aber es wurden nie in Folge solcher Konferenzen Argumente oder Vorschläge der Zivilgesellschaft umgesetzt bzw. berücksichtigt. Kurz: Es sei viel geredet aber nichts getan worden. Schlimmer noch: Solche Gesprächskreise seien zur Legitimierung von Regierungshandeln herangezogen worden. Dilma regiere nicht. Ihre Politik sei durch nicht demokratisch gewählte Institutionen und Kreise bestimmt. Es sei zwingend notwendig, eine Reform des Regierens herbeizuführen. Wenn nicht, hieße das ein "Weiterso" ohne Gestaltungsmöglichkeit der Politik.

Lula dränge darauf, dass sich die PT wieder der Basis zuwende. Andernfalls stehe die Option auf Regierungskontinuität auf dem Spiel. Ggf. stehe hier ein Eigeninteresse dahinter (2018 könnte sich Lula zu einer Wiederwahl stellen).

Fragen:

- Was muß sich ändern, damit PAA / PNAE ihrem eigentlichem Zweck dienen können?
- Welche innovativen Initiativen wären durch die Solidaritätsbewegung zu unterstützen?
- Welche Rolle spielen klerikale Bewegungen bzw. Pfingstkirchen bezüglich der Diskussionskultur (apolitisierende Bestrebungen) innerhalb der PT?
- Welchen Vorbildcharakter können Organisationsformen und Widerständigkeiten in den Favelas für die Zivilgesellschaft haben?
- Wie konservativ ist die Regierung der PT?
- Wie stark ist der Einfluß der Medien (z. B. von O Globo) auf die Politik der PT?
- Welchen Anteil an der durch die Zivilgesellschaft geleisteten Sozialarbeit haben evangelikale Kirchen?
- Wie ehrlich sind die Statistiken der Regierungsstellen/-organisationen?

Antworten:

Es sei wichtig, eine kritische Position gegenüber der Regierung der PT einzunehmen. PAA, PNAE oder PRONAF seien gute Programme, aber durch die Politik schlecht umgesetzt. Die Potentiale würden nicht genutzt. Man weiche insgesamt zu schnell zurück, wenn durch die Lobby-Vereinigungen oder die Medien, das Regierungshandeln diskutiert werde und unter Druck geriete. Für familiäre Produktionsstrukturen sei an diesen Programmen ein Anteil von 30 Prozent vorgesehen und dieser müsse respektiert und nicht permanent zur Disposition gestellt werden, um in der Folge aufgeweicht zu werden.

Solche Organisationen sollten gestärkt werden, die keinen individuellen sondern einen gemeinschaftlichen Ansatz haben. Es gebe natürlich auch bei den Evangelikalen sozial ausgerichtete Gemeinschaften, aber auch viele fundamental bzw. radikal ausgerichtete Gemeinschaften, die einen negativen politischen Einfluß ausübten.

In den Favelas seien die Pazifizierungsmaßnahmen an ihre Grenzen gestoßen. Die spezifischen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens seien nicht berücksichtigt worden. Die Regierung wisse natürlich darum. Da die Mehrheit der Bevölkerung nicht Teil der Kriminalität, der Gewalt oder des Drogenhandels sei, gäbe es auch durchaus eine Akzeptanz für die Zivilgesellschaft an der Peripherie der städtischen Agglomerationen.

Der Gesprächskontakt (Kongresse, Konferenzen etc.) sei weiterhin zu suchen. Man müsse sich aber klar darüber sein, dass eine große Distanz zwischen den Teilnehmenden bestehe. Die PT habe es versäumt, die Medien zu demokratisieren. Kommunikation dürfe keine Einbahnstraße sein.

Die Kirchen seien lange eine Säule der bestehenden Herrschafts- und Verteilungsstrukturen gewesen. Ein Teil davon habe aber auch bedeutenden Anteil am Widerstand gegen die Diktatur und bei der Formulierung eines demokratischen Ansatzes.

Die Zahl der Menschen, die in Brasilien nicht arbeitet, sei sehr hoch. Letztendlich sei es wichtig bezüglich Statistiken kritisch zu sein: Wer ist gemeint? Wer ist nicht gemeint? Ist die Person z. B. arbeitslos? Sucht sie Arbeit? Arbeitet sie zusätzlich zur Rente etc.?